Stellungnahme zur Anfrage

Stadt Karlsruhe
Der Oberbürgermeister

Vorlage Nr.: 2025/0297

Verantwortlich: Dez. 5
Dienststelle: Branddirektion

Sachstand zum Umzug der Brandübungsanlage von Knielingen auf ein Grundstück der KVVH im Rheinhafenareal
Anfrage: AfD

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	29.04.2025	21	Ö	Kenntnisnahme

1. **Wie ist der Sachstand zu den Verhandlungen zu dem unter Sachverhalt/Begründung beschriebenen Grundstück?**

   Die Verhandlungen zwischen der Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH (KVVH GmbH) - Geschäftsbereich Rheinhäfen - und der Stadt Karlsruhe - Branddirektion - sind inhaltlich abgeschlossen. Die KVVH ist bereit, das Grundstück in der Hansastraße mit ca. 5.000 qm Fläche ab sofort an die Stadt zu vermieten, um dort eine Brandübungsanlage zu errichten. Der Mietvertrag ist noch rechtlich innerhalb der Verwaltung zu bewerten. Aufgrund zahlreicher anderweitig geschlossener Mietverträge zwischen der KVVH GmbH und der Stadt Karlsruhe ist hierbei jedoch nicht mit Problemen zu rechnen.

2. **Falls noch keine Einigung erfolgt oder absehbar ist, wann ist mit einem Vertragsabschluss zwischen der Branddirektion bzw. Stadt Karlsruhe und der KVVH zu rechnen?**

   Voraussetzung für einen Neubau der Brandübungsanlage in einer einfachen Containerbauweise und unter Nutzung der vorhandenen Bestandsgebäude ist, dass im Doppelhaushalt 2026/27 die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf für die Maßnahme wurde für den Doppelhaushalt 2026/2027 seitens der Dienststelle gemeldet. Im Ergebnis- und Finanzhaushalt gilt der Grundsatz "Ein Mehr bedeutet ein Weniger an anderer Stelle". Daher muss eine Priorisierung erfolgen.

3. **Welche weiteren, offenen Punkte stehen dem zeitnahen Umzug der Brandübungsanlage entgegen?**

   Keine.

4. **Welche finanziellen Mittel müssen aus dem städtischen Haushalt (zusätzlich) für die Ertüchtigung des Grundstücks bzw. der benötigten Anlagen (Sanitäranlagen, Schulungsräume, usw.) zur Verfügung gestellt werden?**

   Für den Neubau der Brandübungsanlage sind circa 1,5 Millionen Euro zu veranschlagen. Darin sind Eigenleistungen der Branddirektion und die ressourcenschonende Nutzung von Bestandsgebäuden berücksichtigt. Die zusätzlichen Mietkosten belaufen sich auf 30.000 Euro pro Jahr.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

5. Falls es der Verwaltung nicht möglich ist, zeitnah das Grundstück zu sichern, welche Alternativen wurden/werden der Branddirektion angeboten?

Da es sehr schwierig ist, ein Grundstück mit möglichem „Feuerbetrieb“ im städtischen Bereich zu finden (Immissionsschutz), steht aktuell kein alternatives Grundstück zur Verfügung.

6. Wann ist bei den alternativen Angeboten mit einer Umsetzung (Umzug) zu rechnen?

Es steht aktuell keine Alternative zur Verfügung.